

Investitionsquote nicht, sondern fällt auf magere 5,8 %. Niedersachsen investiert so wenig wie nie zuvor. Die Mehrausgaben fließen in den Konsum oder in zusätzliches Personal.

Der Rückgang der Investitionen macht sich vor allem bei der Infrastruktur bemerkbar. Bei der grundlegenden Versorgung mit schnellem Internet in Stadt und Land, wird halbherzig agiert. Während Bayern beispielsweise in den kommenden Jahren 1,5 Mrd. Euro für den Ausbau von Datenleitungen einsetzen will, plant Niedersachsen mit ganzen 65 Mio. Euro – Gelder aus dem EU-Fond für den ländlichen Raum. Eigene Landesmittel werden nicht eingesetzt.

Beim Straßenbau kürzt Rot-Grün die Mittel. Die Haushaltsansätze für den kommunalen Straßen- und Radwegebau gehen von 74 Mio. Euro schrittweise auf 49 Mio. zurück. Gelder, die Niedersachsen vom Bund erhält, werden einseitig in den öffentlichen Personennahverkehr umgelenkt. Den Städten, Gemeinden und Landkreisen fehlen diese Gelder, um in Straßen und Radwege zu investieren. Darunter leidet vor allem der ländliche Raum. Denn jedem ist klar: Gute Infrastruktur ist die Voraussetzung für Wachstum, Attraktivität und Lebensqualität insbesondere in der Fläche.

Bei Infrastrukturprojekten ist Rot-Grün tief zerstritten und nicht handlungsfähig. Nach den Parteitagebeschlüssen der Grünen ist von einer echten Unterstützung der Landesregierung für den Lückenschluss A 33 und den Ausbau der E 233 nicht mehr auszugehen. Das Gleiche gilt für die Bundeswasserstraßen. Während die SPD und ihr Verkehrsminister versuchen, die Menschen zu beruhigen, fahren die Grünen durchs Land und verkünden, dass es mit ihnen keine Spatenstiche für Straßenbaumaßnahmen geben werde.

Die Wirtschaftsförderung will die Landesregierung künftig nach Himmelsrichtung ausrichten. Für den Süden Niedersachsens (Süd-niedersachsenplan) will Rot-Grün 50 Mio. Euro aus dem Strukturfondmittel der EU vorab reservieren. Dieses Geld wird anderen Regionen, wie der unseren, fehlen. – Bisher waren Qualität und Rentabilität der Projekte maßgebliche Kriterien für die Förderung. Künftig soll es nach Bedürftigkeit gehen.

Bislang konnten die Landkreise im Rahmen ihrer Förderpolitik über ein Budget an EU-Mitteln (regionalisierte Teilbudgets) eigenständig verfügen und kleinen Unternehmen eine Investitionsförderung bei der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen gewähren. Dieses erfolgreiche Programm wird nicht vorgesezt, da es nicht in die neue – zentralistische – Ausrichtung von Rot-Grün passt. Die neue Strategie sieht vor, wieder kleine Regionalbehörden einzurichten, die die Aktivitäten der Landkreise koordinieren sollen. Damit wachsen Bürokratie und Zentralismus zu Lasten kommunaler Selbstverwaltung.

Leider lässt Niedersachsen im großen Umfang Bundesmittel verfallen, da kein Mut besteht, Gelder für die hälftige Gegenfinanzierung freizumachen. Beim Städtebau gehen 2014 20 Mio. Euro an Bundesmitteln verloren. Zusammen mit den Landesmitteln entgehen den Städten und kleineren Kommunen über 40 Mio. Euro.

Auch bei der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ lässt das Land in den Jahren 2014 und 2015 über 23 Mio. Euro Fördermittel verfallen. Gerade diese Mittel sind in der Vergangenheit zu großen Teilen in die Förderung mittelständischer Ansiedlungen und Erweiterungen in unsere Region geflossen.

Auch auf sozialem Gebiet werden die Zukunftsaufgaben nicht angefasst. Die Reform der Krankenhauslandschaft kommt nicht voran.

Der neue Schulgesetzentwurf schließlich ist nicht nur bildungspolitisch einseitig und verfehlt. Er bedeutet auch strukturell eine Benachteiligung des ländlichen Raums. Die Schließung vieler dezentraler Schulangebote zugunsten großer Einheiten ist absehbar. Der freie Elternwille für die Schulwahl wird vielerorts unterlaufen. Wir wollen ihn erhalten.

III.

Wir wollen die Erfolgsgeschichte unserer Region fortsetzen. Deshalb wollen wir in Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim Industrie- und Energiestandort bleiben. Für den bei uns so bedeutenden Ernährungs- und Agrarsektor fordern wir eine faire und berechenbare Perspektive.

Die Erreichung dieser Ziele erfordert – grundlegend – eine solide Haushalts- und Finanzpolitik auf Landesebene, die nicht in immer mehr Ministerialbeamte und Landesbeauftragte, sondern in Zukunftsprojekte investiert. Deshalb bedarf z. B. die Breitbandversorgung in der Fläche deutlich stärkerer Förderung durch das Land.

Zu den zentralen Verkehrsprojekten in unserer Region – zum Lückenschluss A 33, zum Ausbau der E 233 und zum Ausbau der Bundeswasserstraßen – erwarten wir ein klares Bekenntnis der Landesregierung.

Die Wirtschaftsförderung des Landes muss sich weiter an ökonomischen Zielen orientieren. Investitionen – auch öffentliche – müssen sich rechnen. Die Förderung muss mittelständisch ausgerichtet bleiben. Denn mittelständische Strukturen machen unsere gesamte Wirtschaft stabiler und innovativer. Genauso wichtig ist, dass die Förderung über regionale Teilbudgets bei den Landkreisen verbleibt. Wir brauchen hierfür keine neuen Behörden.

EU-Mittel und Bundesmittel müssen künftig wieder vollständig genutzt werden.

Insgesamt muss die Strukturpolitik des Landes – auf den verschiedenen politischen Feldern – den ländlichen Raum angemessen berücksichtigen.

Die CDU Osnabrück-Emsland wird diese Forderungen mit Nachdruck gegenüber der Landesregierung und darüber hinaus geltend machen. Als stärkste politische Kraft in unserer Region verstehen wir uns dabei als erster Anwalt der Menschen in unserer Heimat.